

Die Gouvernamentalität der internationalen Klimapolitik: Biomacht oder fortgeschritten liberales Regieren?

Angela Oels

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Oels, Angela. 2010. "Die Gouvernamentalität der internationalen Klimapolitik: Biomacht oder fortgeschritten liberales Regieren?" In Der Klimawandel: sozialwissenschaftliche Perspektiven, edited by Martin Voss, 171-86. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

https://doi.org/10.1007/978-3-531-92258-4_10.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

licgercopyright

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under the following conditions:

Deutsches Urheberrecht

Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:

<https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publizieren>



Die Gouvernementalität der internationalen Klimapolitik: Biomacht oder fortgeschritten liberales Regieren?

Angela Oels

1 Einleitung

Aus sozialkonstruktivistischer und diskursanalytischer Sicht wird hervorgehoben, dass „das Problem Klimawandel“ keineswegs ein naturwissenschaftlich gegebener Fakt ist, sondern Ergebnis diskursiver Kämpfe (Oels/Altwater/Brunnengräber 2002). Insbesondere wird von diskursanalytischer Seite herausgearbeitet, auf welche Weise die dominanten Diskurse und die dazu gehörigen Praktiken die Möglichkeiten für eine effektive Problemlösung einschränken. So wird beispielsweise kritisiert, dass eine Beschreibung des Klimawandels in der Terminologie der Kosten-Nutzen-Analyse es verunmöglicht, den Klimawandel als moralische Frage von Gerechtigkeit und Verursacherverantwortung zu artikulieren (Lutes 1998). Ebenso wird bemängelt, dass der Klimawandel als rein globales Problem hervorgebracht wird, so dass lokale Lösungsansätze aus dem Blickfeld geraten (Roe 1998). Schließlich wurde auch der Ansatz des globalen Umweltmanagements problematisiert, da er die Lösungsoptionen auf technische Ansätze reduziere und dabei die politischen Steuerungsmöglichkeiten überschätze (Luke 1999a, 1999b). In diesem Beitrag argumentiere ich, dass das Problem Klimawandel jeweils mittels einer bestimmten Rationalität des Regierens hervorgebracht und damit regierbar gemacht wird, die Foucault als Gouvernementalität bezeichnet. Das bedeutet auch, dass ein Wandel der Rationalität des Regierens eine andere Art von Klimaproblem hervorbringen wird. In diesem Beitrag entwickle ich die These, dass sich in der internationalen Klimapolitik ein Wandel der Gouvernementalität von Biomacht zu einer Form neoliberalen Regierens nachweisen lässt. Der Klimawandel wurde zunächst als globales Problem von der Biomacht regierbar gemacht, die im Namen des Überlebens der Menschheit ein weltweites wissenschaftliches Überwachungs- und Managementsystem für den Planeten Erde forcierte. Seit Mitte der 90er Jahre wurde der Klimawandel jedoch vom „fortgeschritten liberalen Regieren“ vereinnahmt, das den Klimawandel als ökonomisches Problem hervorbrachte, für das kosteneffiziente, marktförmige und auf technologischem Fortschritt beruhende Lösungen gefunden werden müssen. Diese These muss jedoch in empirischen Studien überprüft, korrigiert und verfeinert werden.

Im ersten Teil dieses Aufsatzes stelle ich Michel Foucault's Konzept der Gouvernementalität als Analyserahmen vor. Während die Politikwissenschaft Macht traditionell als

1 Dieser Text wurde in einer früheren Fassung präsentiert im Rahmen des Panel „Beiträge zur Soziologie der internationalen Politik: Konstruktivistische Ansätze, Fragestellungen, Probleme“ der DVPW-Ad-hoc-Gruppe „Ideelle Grundlagen außenpolitischen Handelns“ (IGAPHA) auf dem Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft am 28.09.2006 in Münster. Ich bedanke mich für die klugen und provokanten Anmerkungen von Prof. Ruth Wodak, die als Discussant tätig war, sowie für die Anmerkungen und Fragen aus dem Kreis der Zuhörer. Ich danke dem Routledge Verlag für die Genehmigung zum Abdruck dieses Artikels. Eine um zwei Drittel längere englischsprachige Fassung dieses Artikels ist im Journal of Environmental Policy & Planning publiziert (Oels 2005).

repressiv definiert, hebt Foucault auch die produktive Wirkung von Macht in der Verbindung mit Wissen hervor. Foucault's Konzept der Gouvernamentalität erlaubt es, Formen der Machtausübung im Rahmen von Regierung sichtbar zu machen, die über rein souveräne Repression hinausgehen. Der zweite Teil dieses Aufsatzes wendet sich dann dem Klimawandel zu und entwickelt auf der Basis der publizierten konstruktivistischen und postmodernen Arbeiten zum Klimawandel erste Hypothesen zum Wandel der Gouvernamentalitäten in der Klimapolitik. Durch diese Analyse wird sichtbar gemacht, welcher Möglichkeitsraum und welche Beschränkungen für Klimapolitik durch die jeweilige Gouvernamentalität vorgegeben werden. Der Schlussteil diskutiert die Stärken und Schwächen der Gouvernamentalitätsanalyse am Beispiel der Klimapolitik und macht Vorschläge für die weitere Forschung.

2 Gouvernamentalität als Analyserahmen für den Wandel des Regierens

2.1 *Den Kopf des Königs abschlagen*

Foucault entwickelte sein Konzept der Gouvernamentalität als Kritik an den politikwissenschaftlichen Theorien der 1970er Jahre, die implizit annahmen, dass jede Form der Machtausübung mit der Absicht des Regierens als Akt der Souveränität verstanden werden sollte (Foucault 1999; Neil 2004). So fragt die traditionelle politikwissenschaftliche Theorie vor allem danach, wer Macht ausübt, was die Quellen dieser Macht sind und ob diese Machtausübung als legitim gelten kann (Dean 2003: 29). Foucault monierte, die Repräsentation der Macht sei „(...) im Bann der Monarchie verblieben. Im politischen Denken und in der politischen Analyse ist der Kopf des Königs noch immer nicht gerollt“ (Foucault 1999: 110). In seinen historischen Studien arbeitete er heraus, dass seit dem 18. Jahrhundert eine Reihe anderer nicht-hierarchischer Rationalitäten von Regierung neben die souveräne Macht getreten sei. Um diese aufzudecken, müsse man aus politikwissenschaftlicher Sicht andere Fragen an das Regieren stellen. Man müsse fragen, „(...) wie verschiedene Lokalitäten als autoritativ und mächtig konstituiert, wie verschiedene Akteure mit bestimmten Mächten ausgestattet und wie verschiedene Domänen als regierbar und verwaltbar konstituiert werden“ (Dean 2003: 29, eigene Übersetzung). Es kann nicht länger davon ausgegangen werden, dass die Macht beim Souverän angesiedelt sei. Stattdessen müsse man die vielen Technologien und Praktiken, Wissensfelder, Sichtbarkeitsfelder und Identitätsformen identifizieren, die einem Herrscher erst eine gewisse Macht verleihen.

Foucault verwendet den Begriff der Regierung im weitesten Sinne, als „Führen der Führungen“ (Foucault 1987: 255). Das bedeutet, dass Regieren keineswegs auf den Staat beschränkt ist, sondern die Selbstregierung, die Regierung der Familie und die Regierung des Staates umfasse. Regierung kann mit Dean als absichtsvoll ausgeübter Steuerungsversuch bezeichnet werden:

„Regierung ist jede mehr oder weniger kalkulierte und rationale Aktivität, unternommen von einer Vielzahl von Autoritäten und Akteuren, unter Verwendung einer Vielfalt von Techniken und Wissensformen, die darauf abzielen, unser Verhalten über unser Begehren, unsere Sehnsüchte, Interessen und Ansichten auf klar definierte, aber sich verändernde Ziele auszurichten, mit einem relativ unsicheren Set von Konsequenzen, Effekten und Ergebnissen“ (Dean 2003: 11, eigene Übersetzung).

Wenn im Folgenden der Begriff „Regierung“ verwendet wird, so soll er in diesem weiten Sinne verstanden werden.

2.2 Gouvernamentalität als Analyserahmen

Das Konzept der Gouvernamentalität wurde von Foucault eher als Bezeichnung für *eine historisch spezifische* Regierungsrationalität bzw. deren Entstehung und Institutionalisierung verwendet (Foucault 2000: 64). Im Gegensatz dazu wird in diesem Beitrag Mitchell Dean gefolgt, der den Begriff Gouvernamentalität rein analytisch verwendet, um *verschiedene* Regierungsrationalitäten voneinander abzugrenzen (Dean 2003: 116). Mitchell Dean (2003) hat einen sehr nützlichen Analyserahmen für den Vergleich verschiedener Gouvernamentalitäten entwickelt (siehe Tabelle 1). Unter Gouvernamentalität versteht Dean die Gesamtheit an (i) Sichtbarkeiten, (ii) Technologien/Praktiken (iii) Wissensformen und (iv) Identitäten, die von einer bestimmten Form des Regierens hervorgebracht werden (genauer in Tabelle 1). Für Dean ist die Analyse verschiedener Gouvernamentalitäten zeit- und ortsspezifisch in der konkreten Empirie verankert und nicht als abstrakte Schablone zu verstehen (Dean 2003: 20-21). Die Untersuchung von Gouvernamentalitäten ist für Dean eine kritische Praxis, da ihr Ziel die Denaturalisierung bestehender Regierungsrationalitäten und -praktiken ist (Dean 2003: 37).

Tabelle 1: Analyserahmen zur Untersuchung verschiedener Gouvernamentalitäten
(Quelle: eigene Darstellung auf der Grundlage von Dean 2003)

Analysekategorie	Fragen	Beispiele
Sichtbarkeiten	Was wird hervorgehoben, was verdeckt? Welche Probleme sollen gelöst werden?	Klimawandel als globales Problem, lokale Dimension unsichtbar
Technologien	Mit welchen Instrumenten, Prozeduren und Technologien wird regiert?	Satellitenaufnahmen der globalen Umwelt, Computermodelle des Klimawandels
Wissensformen	Welche Wissensformen werden im Prozess des Regierens hervorgebracht und informieren ihn?	Natur- und Umweltwissenschaften
Identitäten	Welche Selbstbilder werden in den Menschen angesprochen durch Praktiken der Regierung? Welche Veränderungen in Selbstbildern werden angestrebt?	globale Umweltmanager

2.3 Souveränität, Disziplinarmacht und Biomacht

In seiner bekanntesten Vorlesung über die Gouvernamentalität, die Michel Foucault am 1. Februar 1978 am College de France in Paris hielt, unterscheidet Foucault zwischen drei verschiedenen Rationalitäten des Regierens (siehe Tabelle 2), die hier nur skizzenhaft wieder gegeben werden können (für ausführlichere Beschreibungen siehe Dean 2003 und Lemke 1997). Laut Foucault beschreibt Machiavelli's „Der Fürst“ treffend die Rationalität der souveränen Machtausübung über ein Territorium durch einen Herrscher. Das Ziel des Regierens ist schlicht der Machterhalt über das regierte Gebiet. Die zentrale Technologie des Regierens ist das Gesetz, das dem Herrscher erst das „Recht“ verleiht, von seinen Untertanen einen Anteil ihres Arbeitsertrags einzuziehen und zu Straf- und Verteidigungszwecken über ihren Tod zu befinden. Dem stellt Foucault die Disziplinarmacht gegenüber, deren Ziel es ist, über die Dinge zu verfügen, um sie einem angemessenen Regierungszweck zuführen zu können (Foucault 2000: 54). Dahinter verbirgt sich vor allem die nutzbringende Anordnung von Dingen und Körpern über Raum und Zeit. Die zentrale Regierungstechnologie der Disziplinarmacht ist die Norm, an der sich Verhalten orientieren soll.

Tabelle 2: Die drei Formen der Gouvernamentalität nach Foucault's Vorlesung vom 1. Februar 1978 (Quelle: eigene Darstellung nach Foucault 2000)

	Souveräne Macht	Disziplinarmacht	Biomacht
erstmalig historisch aufgetaucht	im Mittelalter	15.-16. Jahrhundert	18. Jahrhundert
Ziel der Regierung	Machterhalt des Souveräns über das Territorium	Verfügung über die Dinge, um sie einem angemessenen Zweck zuführen zu können	Optimierung und Nutzung der Kräfte und Fähigkeiten der Bevölkerung
Sichtbarkeiten	Territorium	individuelle Körper	Bevölkerung
Technologien	Gesetzesnorm	Normalisierung durch Disziplin, Kontrolle und Überwachung	Durchschnittsnorm, Regulierung, Sicherheitsapparate
Wissensformen	Rat an den Fürsten	Kunst des Regierens (i) des Selbst (Moral) (ii) der Familie (Ökonomie) (iii) des Staates (Politik) Staatsräson Polizeiwissenschaft	Politische Wissenschaft Politische Ökonomie Bevölkerung als Wissensobjekt der Humanwissenschaften (Statistik, Epidemiologie)
Identitäten	Rechtssubjekt	normalisiertes Subjekt	Interessensubjekt

Die meiste Aufmerksamkeit hat Foucault jedoch der Gouvernamentalität der Biomacht entgegengebracht. Unter Biomacht versteht er eine Regierungsrationalität, deren Ziel es ist „(...) das Los der Bevölkerungen zu verbessern, ihre Reichtümer, ihre Lebensdauer und ihre Gesundheit zu mehren“ (Foucault 2000: 61). Die Rationalität der Biomacht kann mit der Metapher des Hirten und seiner Herde beschrieben werden – der Hirte ist um das Wohlergehen der gesamten Herde bemüht, aber diszipliniert auch jedes einzelne Individuum. Die Biomacht versucht daher eine Einflussnahme auf die Bestrebungen jedes einzelnen zu nehmen durch die Disziplinierung individueller Körper einerseits (z.B. durch Ausgrenzung des Abnormalen) und durch die Regulierung der gesamten Bevölkerung (z.B. durch Schulpflicht, soziale Sicherungssysteme, Geheimdienste, Militär, Polizei) andererseits. Beide Technologien des Regierens – Disziplin und Regulierung – sind über Angelpunkte wie die Sexualität miteinander verknüpft. Laut Foucault wurde die souveräne Regierungsrationalität im 16. Jahrhundert von der Disziplinarmacht und im 18. Jahrhundert von der Biomacht ergänzt. Für Foucault bilden diese drei Rationalitäten des Regierens ein Dreieck, das die Bevölkerung regiert. Mit dem Aufkommen jeder neuen Rationalität des Regierens wurden Elemente der vorangegangenen Gouvernamentalität mit neuen Funktionen und Bedeutungen behaftet, ohne jedoch vollständig ersetzt zu werden. Die Bedeutung dieser drei Regierungsrationalitäten für die heutige Zeit liegt darin, dass sie dazu verwendet werden können, um Formen heutiger Regierungsrationalitäten in bestimmten Politikfeldern oder in bestimmten Staaten zu untersuchen.

2.4 Neoliberale Gouvernamentalität und fortgeschritten liberales Regieren

Foucault selbst hat diese Reihung von Gouvernamentalitäten in seinen 1978-1979 gehaltenen Vorlesungsreihen am College de France (Foucault 2004a; Foucault 2004b) fortgeschrieben. Danach ist in den westlichen Industriestaaten nach dem zweiten Weltkrieg eine liberale Gouvernamentalität vermehrt durch eine neoliberale Gouvernamentalität ersetzt worden (Tabelle 3). Nicolas Rose (1993) hat das Werk von Foucault fortgeschrieben und das Konzept des „fortgeschritten liberalen Regieren“ geprägt, einer extremen Form neoliberaler Gouvernamentalität, die aktuell in den westlichen Industrieländern vorherrscht. In diesem Aufsatz werde ich daher nicht weiter von neoliberaler Gouvernamentalität, sondern gleich von „fortgeschritten liberalem Regieren“ sprechen. Diese Gouvernamentalität schafft Märkte als zentrale Organisationsstruktur, sogar innerhalb der staatlichen Verwaltung. Die Märkte gelten dabei als Garanten gegen Bürokratie und übertriebene staatliche Einmischung. Die Märkte sollen die Selbstorganisationskräfte der Bevölkerung frei setzen. Ein Markt hat eine stark disziplinierende Wirkung auf die Wettbewerber im Markt, die ihr Handeln nach der Marktlage ausrichten und optimieren sollen. Die „kalkulierenden“ Wettbewerber im Markt sind dabei zu steter Selbstoptimierung angehalten (um schlank, fit, flexibel und autonom zu werden bzw. bleiben) (Lemke/Krasmann/Bröckling 2000: 32). Adressat des Regierens ist nicht länger die bürgerliche Gesellschaft (wie bei der liberalen Gouvernamentalität), sondern das Regieren richtet sich direkt an „communities“, deren Netzwerke der Loyalität instrumentalisiert werden sollen. Eine „community“ kann eine Nachbarschaft sein, aber auch eine soziale Gruppierung wie alleinerziehende Mütter. Soziale Risiken werden nicht länger von der Gesellschaft abgesichert, sondern jeder trifft Entscheidungen über private Vorsorge und Versicherungen. Am Ende steht das Leitbild „(...) des Einzelnen als eines aktiven Agenten, der sich selbst durch Kapitalisierung der eigenen

Existenz ökonomisch steuert“ und dessen Streben „nach persönlichem Weiterkommen und Selbstverwirklichung“ mit den Bedürfnissen seines Arbeitgebers und der Politik in Einklang gebracht werden sollen (Rose 2000: 93).

Tabelle 3: Liberale Gouvernamentalität und fortgeschritten liberales Regieren (Quelle: eigene Darstellung nach Dean 2003: 149-175, Foucault 2004b und Lemke/Krasmann/Bröckling 2000: 15-16).

	Liberale Gouvernamentalität	Fortgeschritten liberales Regieren
Ziel der Regierung	Das Ziel des Regierens ist es, durch Regulierung (z.B. Kartellbehörden) das reibungslose Funktionieren der Märkte zu sichern und damit die natürlichen Gesetze der Wirtschaft zu achten. Ein zweites Ziel ist es, die stets bedrohte (künstliche) Freiheit der Regierten zu sichern.	Das Ziel des Regierens ist es, neue Märkte zu schaffen, um Staatsbürokratie zu ersetzen. Der Markt wird zum organisierenden Prinzip staatlichen Handelns.
Sichtbarkeiten	Zivilgesellschaft als Domäne von Bedürfnissen Ökonomie als selbstregulierende Sphäre Markt als natürlicher Prozess	Individuen und soziale Gruppen als Unternehmer ihrer selbst Exzessive staatliche Bürokratie Fehlende Märkte
Technologien	Regiert wird unter Berücksichtigung der natürlichen Gesetze der Ökonomie (unsichtbare Hand) und der Zivilgesellschaft. Marktanreize Sicherheitsapparate	Regiert wird über Märkte. Performanztechnologien (Vergleich, Benchmarking, best practice Fälle, Leistungsindikatoren, Audit, dezentralisierte Budgets) Freiheitstechnologien (Verträge, deliberative Räume)
Wissensformen	Wohlfahrtsstaat, Keynes	Wettbewerbsstaat, Hayek
Identitäten	„freie“ Bürger mit Rechten, Interessen und Bedürfnissen	„Kalkulierende“ Unternehmer ihrer selbst

Die besondere Effektivität dieser extremen Form neoliberalen Regierens resultiert laut Foucault daraus, dass die Schaffung von Freiheit immer schon eine Form der Unterdrückung voraus setzte: „Dies ist ein Subjekt, dessen Freiheit ein Produkt von Unterdrückung ist. (...) um frei zu handeln, muss das Subjekt zunächst von Herrschaftssystemen so geformt, angeleitet und gestaltet werden, dass es seine Freiheit verantwortlich ausüben kann“ (Dean 2003: 165, eigene Übersetzung). Dean unterscheidet „Freiheits- und Akteurstechnologien“

von „Performanztechnologien“, deren Zusammenspiel Akteuren einen Handlungsspielraum zuweist. Zu den Freiheitstechnologien zählen (Quasi-)Verträge, deliberative Räume, Repräsentationstechniken und Kooperation zwischen Partnern. Freiheitstechnologien formen Subjekte mit der Fähigkeit, Verträge auch einhalten, eigene Interessen artikulieren und ein zuverlässiger Partner in Kooperationsprojekten sein zu können. Die so geschaffene Freiheit des Subjekts wird eingegrenzt von den Performanztechnologien. Normen, Standards, Benchmarking, Leistungsindikatoren, Qualitätskontrolle und „best practice“ Vorbilder üben eine normalisierende Wirkung auf das Individuum aus. Das Individuum vereinbart entweder mit dem Vorgesetzten eine Leistungsvereinbarung (top-down) zum Einhalten bestimmter Qualitätsstandards oder es setzt sich selber Ziele für die Kundenzufriedenheit, die dann in Umfragen erhoben wird (bottom up). Der damit einhergehende Subjektivierungsprozess erzeugt „aktive Bürger“, „freie Individuen“ und „kalkulierende Individuen“, denen jedoch allen gemeinsam ist, dass sie „verantwortlich“ handeln und damit den Imperativen des fortgeschritten liberalen Regierens gehorchen. Dean's Analyserahmen für fortgeschritten liberales Regieren wurde gewinnbringend von Haahr (2004) auf die „Offene Methode der Koordinierung“ der Europäischen Union angewendet, um Politikfelder zu untersuchen, in denen die EU ohne jegliche Gesetzgebungsbefugnis erfolgreich die Harmonisierung der Politiken der Mitgliedsstaaten voran bringt (z.B. im Bereich der Hochschulpolitik).

2.5 *Stand der Forschung*

Abschließend sollen noch einige Erfahrungen aus der Forschungspraxis referiert werden, die bei einer empirischen Anwendung von Foucault's Gouvernamentalitätskonzept zu berücksichtigen sind. Da die Zahl der publizierten Gouvernamentalitätsstudien inzwischen zu groß ist, um an dieser Stelle ausgewertet werden zu können,² soll lediglich auf einige zentrale Fallstricke aufmerksam gemacht werden. Erstens ist es wichtig, dass in der empirischen Arbeit die tatsächliche Heterogenität und Vielzahl von Regierungsrationalitäten erfasst wird, anstatt lediglich sauber trennbare Gouvernamentalitäten als Schablone anzulegen (Larner 2000: 14; Lemke/Krasmann/Bröckling 2000: 18). Zweitens darf die Fallstudienarbeit nicht den offiziellen Diskurs privilegieren, indem nur Regierungsdokumente ausgewertet werden (Larner 2000: 14). Um dieser Tendenz entgegenzuwirken, empfiehlt Larner, Widerstände gegen Regierungsprogramme und ihre Rationalitäten zu (unter-) suchen. Drittens darf eine Fokussierung auf die Rationalitäten des Regierens nicht dazu führen, dass der politische Entscheidungsprozess und die ihn begleitenden politischen Kämpfe völlig aus dem Blickfeld verschwinden (ebd.). Schließlich darf uns die neu erworbene Sensibilität für nicht-hierarchische Steuerungsformen nicht blind dafür machen, dass souveräne Macht und Repression immer noch eine wichtige Rolle im politischen Prozess spielen (Lemke/Krasmann/Bröckling 2000: 18). Diese Ratschläge sollten in einem empirischen Fallstudiendesign berücksichtigt werden.

2 Sammlungen mit Gouvernamentalitätsstudien finden sich bspw. in Barry/Osborne/Rose 1996, Bröckling/Krasmann/Lemke 2000, Burchell/Gordon/Miller 1991, Darier 1999 und Dean/Hindess 1998. Einen Literaturbericht liefert Lemke 2002.

3 Biomacht, Fortgeschritten liberales Regieren und der Klimawandel

Nachdem das analytische Gerüst vorgestellt wurde, wendet sich der Artikel nun der Untersuchung der konkreten Gouvernentalitäten zu, die den Klimawandel regierbar machen. Die für das Politikfeld Klimawandel vorliegenden Gouvernentalitätsstudien sind wenige an der Zahl und eingeschränkt in ihrer Reichweite (zu den Auswirkungen der Modellierung des Klimawandels per Computer: Henman 2002; über eine transnationale Klimaschutzkampagne für Städte und Kommunen: Slocum 2004). Daher hat der folgende Teil des Aufsatzes eher explorativen Charakter. Ich werde die Hypothese durchspielen, dass der Klimawandel zunächst von der Biomacht als naturwissenschaftliches Problem von moralischer Bedeutung hervorgebracht wurde, inzwischen jedoch in der ökonomischen Terminologie neoliberaler Gouvernentalität (fortgeschritten liberales Regieren) über Emissionsmärkte regierbar gemacht wird. Die folgende Analyse stützt sich auf eine gründliche Auswertung konstruktivistischer und postmoderner Arbeiten zum Klimawandel, um aus diesen Arbeiten die Sichtbarkeiten, Rationalitäten, Praktiken und Identitäten heraus zu arbeiten, die im Feld der Klimapolitik wirksam sind. Ich werde zu zeigen versuchen, dass sich der Handlungsspielraum für die Vermeidung gefährlichen Klimawandels durch die Verschiebung von Biomacht zu fortgeschritten liberalem Regieren verringert hat.

3.1 Klimawandel und Biomacht

Inwiefern kann davon gesprochen werden, dass der Klimawandel zunächst von der Biomacht regierbar gemacht wurde? Der Klimawandel wurde in den 1970er Jahren von besorgten Wissenschaftlern (wieder-)“entdeckt“ – die Hypothese von Svante Arrhenius gab es schon seit 1896. Die Wissenschaftler wandten sich in den 1980er Jahren mit apokalyptischen Bedrohungsszenarien an die Medien, um das Thema Klimawandel auf die politische Agenda zu setzen (Ingram/Milward/Laird 1992: 43). Es gab jedoch auch Vorwürfe, dass sie sich des Klimawandels nur angenommen hätten, um sich Forschungsmittel und damit ihre Jobs langfristig zu sichern. Sie hätten einen Anreiz gehabt, die verbleibenden wissenschaftlichen Unsicherheiten zu übertreiben, um weitere Forschung notwendig erscheinen zu lassen (ebd.: 46; Lutes 1998: 162). Die Politiker bändigten den vielstimmigen Chor der Wissenschaftler, indem sie das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) als einzig autoritative Stimme der Wissenschaft zum Thema Klimawandel gründeten (Bodansky 1995: 51; Brunner 2001: 6). Die Regierungen entschieden selbst, wen sie als Mitglied im IPCC benannten und konnten so Einfluss darauf ausüben, wer zukünftig im Namen der Wissenschaft sprechen konnte und wer nicht. Das IPCC bestand anfangs fast ausschließlich aus Wissenschaftlern der Industrieländer (Biermann 2003). Die Etablierung des IPCC wird jedoch von den meisten Autoren als Erfolg gewertet, da so eine autorisierte wissenschaftliche Grundlage für politische Entscheidungen geschaffen wurde (Shaw 2003, [auch Conrad in diesem Band, Anm. d. Hrsg.]) und davon abweichende Meinungen nicht länger den Entscheidungsprozess aufhalten konnten.

Die Wahrheitsproduktion des IPCC schuf so die Wissensgrundlage und Legitimation für (mehr oder weniger) weitreichende politische Eingriffe zur Rettung des Planeten Erde. Hier ist bereits das Muster der Biomacht zu erkennen, das Objekt der Regierung ist aber nicht länger die Bevölkerung, sondern der ganze Planet Erde. Vom IPCC wurde der Klimawandel als globales Managementproblem hervorgebracht, dem mit naturwissenschaft-

licher Expertise und technologischer Innovation beizukommen sei (Lutes 1998). Die für das IPCC charakteristische Wahrheitsproduktion legitimierte eine bestimmte politische Problembearbeitung – auf Kosten alternativer Ansätze. „Das ultimative Ziel einer solchen Politik sind die „rationale“ und „optimale“ Nutzung natürlicher Ressourcen und eine damit einhergehende regionale Planung, die auf der besten verfügbaren wissenschaftlichen Expertise beruht“ (Shackley/Wynne 1996: 293, eigene Übersetzung). Maarten Hajer zieht den Schluss dass

„(...) der Ansatz der Arbeitsgruppen des Intergovernmental Panel on Climate Change einen bestimmten wissenschaftlichen Zugang bevorzugt, der zu einer unnötigen Zentralisierung von Wissen und einer unnötigen Reduzierung von Flexibilität gegenüber der Einbeziehung neuer Befunde führt, und damit effektiv die Anwendung des Wissens verhindert, das zur Entwicklung und Bewertung vielfältiger Politikszenerarien erforderlich wäre“ (Hajer 1997: 278, eigene Übersetzung).

Auf diese Weise wurde vor allem ein kritischer Diskurs zum Klimawandel („radical civic environmentalism“) marginalisiert, der den Klimawandel als Produkt übermäßigen Konsums in westlichen Industriestaaten darstellte und die ökologische Tragfähigkeit eines kapitalistischen Wirtschaftssystems hinterfragte (Bäckstrand/Lövbrand 2006; Lutes 1998).

Globales Umweltmanagement auf der Basis von Biomacht bedient sich der Naturwissenschaften, um die komplexen Stoffströme der Biosphäre und der Geosphäre zu modellieren. Der Planet erscheint als globales Ökosystem, das auch nur global gesteuert werden kann. Auf diese Weise geraten regionale und lokale Interventionsmöglichkeiten aus dem Blickfeld (Lutes 1998: 165-170; Roe 1998: 122). Roe (1998:117) argumentiert, dass die globale Erderwärmung das Schicksal vieler anderer politischer Probleme teile, nämlich „dass was einst als lokale, regionale oder nationale Probleme galt jetzt als globale analysiert werden müssen (zumindest wird es zunehmend so gesehen)“ (Roe 1998: 122-123, eigene Übersetzung). Die vom IPCC eingesetzten Technologien verstärken die globalen Sichtbarkeiten auf Kosten lokaler Besonderheiten (Roe 1998: 122-123). Globale Datenerhebungen und globale Überwachungssysteme beispielsweise per Satellitenaufnahmen sind zentrale Mechanismen der Wahrheitsproduktion über die „globale“ Umwelt (Litfin 1998a: 213). Computermodelle des globalen Klimasystems sind eine der zentralen Technologien zur Datenauswertung, die mit ganz bestimmten Sichtbarkeiten einhergehen (Henman 2002). Es wird das Bild von Raumschiff Erde beschworen, das mithilfe naturwissenschaftlicher Daten und Modelle gesteuert werden kann. Dabei hat die Menschheit die moralische Aufgabe, zerstörerische Prozesse aufzuhalten und verantwortlich zu managen, seien sie „natürlich“ oder vom Menschen gemacht. Diese Rolle als „Hirte“ der Erde kann eindeutig in den Bereich der Biomacht eingeordnet werden.

3.2 *Klimawandel und fortgeschritten liberales Regieren*

Die eben beschriebene Bearbeitung des Klimawandels als Problem der Biomacht wird in diesem Abschnitt kontrastiert mit der Art und Weise, wie fortgeschritten liberales Regieren den Klimawandel hervorbringt und regierbar macht. Der Wandel der Gouvernamentalitäten im Feld der Klimapolitik muss vor dem Hintergrund des globalen Siegeszugs des Neoliberalismus in den 1980er Jahren verstanden werden. Durch den Neoliberalismus veränderte sich der diskursive Raum, indem Umweltfragen artikuliert werden konnten (Paterson 1996:

168-169). Ökologische Modernisierung wurde der dominante Diskurs, der Umweltprobleme im Allgemeinen und den Klimawandel im Besonderen produzierte und regierbar machte (Paterson 1996: 169). Ökologische Modernisierung im Feld der Klimapolitik führt zu einer Hervorhebung der ökonomischen Kosten des Klimaschutzes (Lutes 1998: 163; Paterson 1996: 179) und bevorzugt marktförmige Lösungen wie Emissionshandel oder Joint Implementation (Paterson 1996: 169).

Im Folgenden betrachte ich vor allem den internationalen institutionellen Rahmen, den die Staatengemeinschaft zur Produktion und Bearbeitung des Klimawandels hervorgebracht hat, d.h. die Klimarahmenkonvention (UNFCCC) und das Kyoto Protokoll. Die Klimarahmenkonvention ist an der Schnittstelle zwischen Biomacht und fortgeschritten liberalen Regierungen anzusiedeln, da sie Elemente beider Gouvernementalitäten enthält. Dies kann am Beispiel des Artikels 2 der Klimarahmenkonvention erklärt werden, der die Ziele dieses Abkommens darlegt. Dort wird als ein Ziel genannt, die Konzentration der Treibhausgase in der Erdatmosphäre auf einem ungefährlichen Niveau zu stabilisieren. Dies kann als Ausdruck des Hirtendenkens der Biomacht interpretiert werden. Allerdings soll dieses Ziel bei langfristig gesichertem Wirtschaftswachstum erreicht werden, ein Ziel, das eher dem fortgeschritten liberalen Regieren zuzuordnen ist. Zusammenfassend kann bezüglich der Klimarahmenkonvention festgehalten werden, dass sie „(...) mehrere Ziele und Bedingungen festschreibt, die mehrdeutig und oftmals nicht vereinbar sind und als Ausdruck der Vielfalt an Interessen zu verstehen sind, die im [Klima-]Regime repräsentiert sind“ (Brunner 2001: 8, eigene Übersetzung). Aber auch weitere Elemente der Klimarahmenkonvention (die sich im Übrigen im Kyoto-Protokoll wiederholen) können als fortgeschritten liberales Regieren interpretiert werden. Die ausgiebigen Beratungen während der jährlich stattfindenden Vertragsstaatenkonferenzen (COPs, bzw. MOPs) können als deliberative Räume interpretiert werden, in denen die Vertragsstaaten ihre Identität als „verantwortungsbewusste“ und „kalkulierende“ Mitglieder der Klimagemeinschaft z.B. in Form von Reden ihrer Minister und Staatsoberhäupter entwickeln. Ebenso wird auf den Vertragsstaatenkonferenzen eine gemeinsame Problemwahrnehmung entwickelt, von der aus Lösungsoptionen gedacht werden können. Der „freie“ Vertragsstaat, der durch diese deliberativen Prozesse hervorgebracht wird, wird jedoch in seiner Freiheit, Klimapolitik zu betreiben, von Performanztechnologien eingeschränkt. Alle Vertragsstaaten müssen regelmäßig Angaben zu ihrem Treibhausgasausstoß und ihrer nationalen Klimaschutzstrategie an das Sekretariat der Klimarahmenkonvention liefern und sich so einem Vergleich mit den anderen Vertragsstaaten stellen. Dieser Vergleich kann disziplinierende Wirkung auf den Vertragsstaat ausüben, insbesondere dann, wenn die breite Öffentlichkeit über ein nationales Versagen informiert wird (beispielsweise von einem Umweltverband). Die regelmäßig abzuliefernden Fortschrittsberichte über die Durchführung der Klimarahmenkonvention (und des Kyoto-Protokolls) stellen eine weitere Möglichkeit dar, um über „Shaming“ einen Vertragsstaat zum Mitmachen beim Klimaschutz zu bewegen. Die Vertragsstaaten werden in diesem Kontext zu „kalkulierenden“ Akteuren, die Kosten und Nutzen von Klimaschutzmaßnahmen sorgfältig abwägen und dann eine „verantwortungsbewusste“ Entscheidung treffen. Brunner hat dies zu dem Schluss veranlasst, das Klimaregime sei „(...) effektiv auf freiwillige Maßnahmen beschränkt, die den Vertragsstaaten die Wahl lassen zwischen Einhaltung oder Nicht-Einhaltung“ (Brunner 2001: 10, eigene Übersetzung).

Das Kyoto Protokoll kann hingegen eindeutig als Produkt des fortgeschritten liberalen Regierens interpretiert werden. Das Kyoto Protokoll schafft Märkte, verwendet Freiheits-

technologien und Performanztechnologien, um „verantwortungsbewusste“, „kalkulierende“ Mitgliedsstaaten zu erzeugen. Die quantifizierten Emissionsziele des Kyoto Protokolls können als Beispiel für einen Vertragsschluss gelten, der „verantwortungsbewusste“ Mitgliedsstaaten an ein gemeinsames Ziel bindet, während die Wege zur Zielerreichung jedem Mitgliedsstaat überlassen werden. Das Kyoto Protokoll etabliert Märkte für den projektgebundenen und den zertifikatebasierten Emissionshandel. Projektgebundener Emissionshandel zwischen Industrieländern wird im Rahmen von Joint Implementation durchgeführt, Projekte in Entwicklungsländern werden den Industrieländern im Rahmen des Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung gutgeschrieben. Diese Emissionsmärkte schreiben die Idee fest, dass Emissionen dort eingespart werden sollten, wo es am billigsten ist. Moralische oder ethische Fragen bleiben dabei außen vor (Lutes 1998: 165). Schließlich mobilisiert fortgeschritten liberales Regieren des Klimawandels Akteure aus der Wirtschaft, den Verbänden und den Regierungsbehörden auf allen Ebenen dazu, zu Partnern im Klimaschutz zu werden. Damit soll der Klimaschutz zu einem ureigenen Anliegen aller Partner gemacht werden (Jagers/Stripple 2003). Die freiwilligen Selbstverpflichtungserklärungen und eigennützigen Investitionsstrategien von Unternehmen in vielen Ländern können als Ergebnis erfolgreicher Einbindung von Wirtschaftsakteuren gelten. Ein weiteres Beispiel für sub-nationalstaatliches Handeln ist die Kampagne „Städte für den Klimaschutz“ (Cities for Climate Protection campaign), die von der Nichtregierungsorganisation ICLEI (International Council for Local Environmental Initiatives) koordiniert wird (Slocum 2004). Die Ergebnisse dieser Gouvernementalitätsanalyse des Klimaregimes sind in Tabelle 4 auf der folgenden Seite zusammen gefasst.

Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass es wichtige Unterschiede zwischen den nationalen bzw. regionalen Diskursen zum Klimawandel gibt, beispielsweise zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union. In der Europäischen Union ist der Klimawandel vor allem als Chance begriffen worden, um technologische Innovationen anzuregen und mittels energiesparenderer Technologien Kosten einzusparen. In den Vereinigten Staaten hingegen hat die Regierung von George W. Bush den Klimawandel als Bedrohung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der USA und als Kostenfaktor für die heimische Wirtschaft dargestellt, der zum Verlust von Arbeitsplätzen führen würde. Bis zum Amtsantritt von Barack Obama 2009 hat sich die US Regierung stets auf die (aus ihrer Sicht) verbleibenden wissenschaftlichen Unsicherheiten über den Klimawandel berufen, um Klimaschutzmaßnahmen zu verschieben, die sich ggf. später als nicht erforderlich herausstellen könnten (Brunner 2001: 9; Lutes 1989: 163). Die Gemeinsamkeit beider Klimadiskurse liegt jedoch darin, dass beide den Klimawandel in der Sprache der Wirtschaftswissenschaften diskutieren. Insbesondere die Fixierung auf wirtschaftliche Effizienz und Kosten-Nutzen-Berechnungen verdeckt, wer im Ernstfall die Kosten und wer den Nutzen des Klimawandels zu tragen hätte (Lutes 1998: 165, 167 [siehe dazu auch den Beitrag von Eisenack in diesem Band, Anm. d. Hrsg.]).

Tabelle 4: Eine Gouvernementalitätsanalyse des Klimawandels (Quelle: eigene Darstellung).

	Biomacht	Fortgeschritten liberales Regieren
Ziel des Regierens	Klimawandel als Begründung für eine Ausweitung von Regierungsinterventionen	Klimawandel als Begründung für die Schaffung neuer Märkte, die technologische Innovation anregen sollen
Sichtbarkeiten	<p>Marktversagen</p> <p>Die Erde als komplexes globales System, das sich mit den Naturwissenschaften beschreiben lässt.</p> <p><u>Unsichtbar</u>: Lokale Lösungsansätze, Wissen indigener Völker, der Entwicklungsländer und der Sozialwissenschaften</p>	<p>Staatsversagen</p> <p>Die Kosten des Klimaschutzes und win-win-Lösungen rücken ins Blickfeld.</p> <p><u>Unsichtbar</u>: Die Entwicklungsländer tragen die Kosten des Klimawandels. Die Industrieländer verursachen den Klimawandel durch Überkonsum.</p>
Technologien	<p>Sicherheitsapparate</p> <p><u>Überwachung/Kontrolle</u></p> <p>Satellitenbilder der globalen Umwelt</p> <p>Computermodelle des Klimawandels</p> <p>Globale wissenschaftliche Erhebungen</p> <p><u>Regulierung</u></p> <p>Staatlich finanziertes Umweltmanagement (Anpassungsmaßnahmen in Küstengebieten)</p> <p>Staatlich finanziertes Geo-Engineering</p>	<p>Märkte als Organisationsprinzip</p> <p>Joint Implementation</p> <p>Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung</p> <p>Emissionshandel</p> <p>Freiheitstechnologien</p> <p><u>Verträge</u></p> <p>Quantifizierte Emissionsziele des Kyoto-Protokolls</p> <p><u>Deliberative Räume</u></p> <p>Verhandlungen im Rahmen der Vertragsstaatenkonferenz</p> <p><u>Kooperationspartner</u></p> <p>Selbstverpflichtungserklärungen der Industrie zum Klimaschutz</p> <p>Städte für den Klimaschutz-Kampagne von ICLEI</p> <p>Performanztechnologien</p> <p>Vergleichende Erhebungen der Treibhausgasinventare und Klimapolitiken der Vertragsstaaten</p> <p>Regelmäßige Fortschrittsberichte über die Durchführung der Klimarahmenkonvention</p>
Wissensformen	Umwelt- und Naturwissenschaften (der Planet als Objekt des Wissens)	Wirtschaftswissenschaften (Kosten-Nutzen Analyse, Risikobewertung)
Identitäten	die Menschheit am Steuerknüppel von Raumschiff Erde	„kalkulierende“ Vertragsstaaten

3.3 Die politischen Konsequenzen eines Wandels der Gouvernamentalität

Ob der Klimawandel als Problem der Biomacht oder des fortgeschritten liberalen Regierens hervorgebracht wird, hat bedeutsame Auswirkungen auf die zur Verfügung stehenden politischen Lösungsoptionen. Im Feld der Biomacht wird der Klimawandel von Naturwissenschaftlern als ein Problem hervor gebracht, das eines globalen Umweltmanagements bedarf. Vor diesem Hintergrund erscheinen Regierungsinterventionen unausweichlich. So kann Staatsmacht im Namen der Rettung des Planeten Erde (und des Überlebens der Menschheit) ausgeweitet werden. Fortgeschritten liberales Regieren hingegen bringt den Klimawandel als Problem von Staatsversagen hervor, dem nur durch die Schaffung neuer Märkte beizukommen ist. Die Entscheidung über Klimaschutzmaßnahmen im Kontext von fortgeschritten liberalem Regieren ist keineswegs eine moralische Angelegenheit, sondern eine Frage ökonomischen Kalküls. Wenn die Kosten der Schäden durch den Klimawandel größer sind als die Vermeidungskosten, kann Klimaschutz als legitim gelten. Jegliche Klimaschutzmaßnahme muss auf die kosteneffizienteste Art und Weise durchgeführt werden, d.h. geographisch gesehen dort, wo mit einer gegebenen Investitionssumme die meisten Treibhausgase eingespart werden können. Paterson stellt fest: „Die Auswirkung des Neoliberalismus war es, die Bandbreite möglicher Politikoptionen einzuengen (...). Darüber hinaus hat der Neoliberalismus dazu geführt, dass die Umweltökonomie sich fast ausschließlich mit „marktförmigen Lösungen“ befasst. Diese dominieren die politische Diskussion über die globale Erwärmung (...)“ (Paterson 1996: 169, eigene Übersetzung). Steven Bernstein (2002: 228) warnt davor, dass Klimapolitiken des fortgeschritten liberalen Regierens, das er als „liberal environmentalism“ bezeichnet, langfristig nicht in der Lage sein werden, den Klimawandel aufzuhalten. Denn ab einem gewissen Punkt könne Klimaschutz nicht mehr mit steigendem Wirtschaftswachstum einhergehen. Während die Biomacht tatsächlich noch den Schutz des Klimas im Sinn hatte, zielt fortgeschritten liberales Regieren laut Bernstein auf den Schutz des Wirtschaftswachstums vor den Kosten der Klimaschutzmaßnahmen. Es gibt also einige Hinweise darauf, dass der Wandel von der Biomacht zum fortgeschritten liberalen Regieren zu einer Verkleinerung des politischen Handlungsspielraums für den Klimaschutz geführt hat. Diese Schlussfolgerung muss jedoch vorläufig bleiben und macht weitere empirische Arbeit notwendig.

4 Kritische Reflektion und Forschungsempfehlungen

Dieser Aufsatz ist nicht mehr und nicht weniger als ein erster Versuch, mit Hilfe von Michel Foucault's Konzept der Gouvernamentalität über die politische Bearbeitung des Klimawandels nachzudenken. Eine theoretische Frage, die hier nicht genauer betrachtet werden konnte, ist die Wechselwirkung zwischen Biomacht und fortgeschritten liberalem Regieren. Hier muss danach gefragt werden, ob die Biomacht nicht nach wie vor das Herzstück des Klimaregimes ausmacht und lediglich durch fortgeschritten liberales Regieren ergänzt und verändert wurde. Es bedarf gründlicher empirischer Arbeit über einen längeren Untersuchungszeitraum (beispielsweise Auswertung der offiziellen Verhandlungsdokumente der Vertragsstaatenkonferenzen, Protestpamphlete, Zeitungsartikel etc.), um Foucault's Anspruch gerecht zu werden, die tatsächliche Komplexität der Diskurse abzubilden. Dieser Aufsatz konnte die beiden Gouvernamentalitäten einander nur recht schablonenhaft

gegenüber stellen. Auch sollte eine zukünftige empirische Untersuchung insbesondere den Widerstand gegen die Rationalitäten und Technologien, die den Klimawandel regierbar machen, untersuchen.

Was sind nun die Vorzüge davon, die Klimapolitik mit der Brille des Gouvernentalitätskonzepts zu betrachten? Eine Gouvernentalitätsanalyse geht nicht davon aus, dass das Klimaregime dem Klimaschutz dienen würde, nur weil es dies nach außen vorgibt. Stattdessen richtet die Gouvernentalitätsstudie die Aufmerksamkeit auf die Möglichkeit, dass Programmversagen bereits ein eingebauter Bestandteil des Funktionierens des Klimaschutz-Regimes sein könnte. Es ist eine Stärke des Gouvernentalitätsansatzes danach zu fragen, was dieses Klimaschutz-Regime eigentlich tut, wenn es schon nicht das Klima zu schützen vermag. Eine Gouvernentalitätsanalyse zeigt auf, wie produktiv das Klimaschutz-Regime nichts desto trotz ist, da es spezifische Sichtbarkeiten, Technologien, Wissensformen und Identitäten hervorbringt, die es ohne dieses Regime nicht gäbe. Es kann danach gefragt werden, was denn dann geschützt wird, wenn es nicht das Klima ist (Stripple 2002)? Ist es der westliche Lebensstil, das Wachstum der auf fossilen Energieträgern beruhenden Wirtschaft oder das imperialistische Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, das aufrecht erhalten werden soll?

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass das Gouvernentalitätskonzept einen fruchtbaren theoretischen Rahmen bietet, um politischen Wandel in einem bestimmten Politikfeld in westlichen Industrieländern zu untersuchen. Die im vorangegangenen Teil dieses Aufsatzes dargelegten Befunde deuten darauf hin, dass sich im Feld der Klimapolitik der von Rose diagnostizierte Wandel hin zu einer fortgeschritten liberalen Form des Regierens nachweisen lässt. Zweitens, wie oben schon angedeutet, ist es eine Stärke des Gouvernentalitätsansatzes, dass er Programmversagen als integrativen Bestandteil des Funktionierens eines Programms untersucht (Lemke/Krasmann/Bröckling 2000). Anstatt anzunehmen, dass wir wissen, was ein Programm macht, gilt es, die konkreten Sichtbarkeiten, Technologien, Wissensformen und Identitäten zu untersuchen, die von diesem Programm erzeugt werden. Dies kann zu überraschenden neuen Erkenntnissen führen, die im Widerspruch zu offiziellen Programmzielen stehen. Drittens lässt sich zeigen, dass mit jeder Gouvernentalität eine Einengung auf bestimmte politische Lösungsoptionen erfolgt. Fortgeschritten liberales Regieren macht den Klimawandel zu einer Frage ökonomischen Kalküls und begrenzt den Spielraum für Klimapolitik auf technologische Innovation zur Steigerung der Energieeffizienz. Viertens ist es entscheidend, die vorherrschende Gouvernentalität zu verstehen, um subversive Strategien zu entwickeln. Allzu oft wird von Protestbewegungen genau die Terminologie reproduziert, die alternative Denkweisen und Praktiken erst verunmöglicht. Die Denaturalisierung und Unterbrechung vorherrschender Gouvernentalitäten (Shapiro 1992) kann ein wichtiger erster Schritt sein, um Spielraum für neue Lösungsansätze für die politische Bearbeitung des Klimawandels zu schaffen.

Literatur

- Bäckstrand, Karin/Lövbrand, Eva (2006): Planing Trees to Mitigate Climate Change: Contested Discourses of Ecological Modernization, Green Governmentality and Civic Environmentalism. In: *Global Environmental Politics* 6 (1), 50-75.
- Balzer, Ingrid/Wächter, Monika (Hrsg.) (2002): *Sozial-ökologische Forschung: Ergebnisse der Sondierungsprojekte aus dem BMBF-Förderschwerpunkt*. München: oekom verlag.
- Barry, Andrew/Osborne, Thomas/Rose, Nikolas (1996) (Hrsg.): *Foucault and Political Reason: Liberalism, Neo-liberalism and Rationalities of Government*. London: UCL Press.
- Bernstein, Steven (2002): International Institutions and the Framing of Domestic Policies: The Kyoto Protocol and Canada's Response to Climate Change. In: *Policy Sciences* 35 (2), 203-236.
- Biermann, Frank (2003): *Science as Power: The Construction of Global Environmental Problems in Expert Assessments*. Konferenzpapier: 44th Annual Convention of the International Studies Association, Portland, Oregon, USA, 25.02- 01.03.2003.
- Bodansky, Daniel M. (1995): The Emerging Climate Change Regime. In: *Annual Review of Energy and Environment* 20, 425-461.
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (2000) (Hrsg.): *Gouvernementalität der Gegenwart: Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Taschenbuch.
- Burchell, Graham/Gordon, Colin/Miller, Peter (1991) (Hrsg.): *The Foucault Effect: Studies in Governmentality*. London: Harvester Wheatsheaf.
- Brunner, Ronald D. (2001): Science and the Climate Change Regime. In: *Policy Sciences* 34 (1), 1-34.
- Darié, Eric (1999) (Hrsg.): *Discourses of the Environment*. Oxford: Blackwell Publishers.
- Dean, Mitchell/Hindess, Barry (1998) (Hrsg.): *Governing Australia: Studies in Contemporary Rationalities of Government*. Melbourne: Cambridge University Press.
- Dean, Mitchell (2003): *Governmentality: Power and Rule in Modern Society*. London: SAGE Publications.
- Dreyfus, Hubert L./Rabinow, Paul (Hrsg.) (1987): *Michel Foucault: Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*. Frankfurt a.M.: Athenäum.
- Dryzek, John S. (1997): *The Politics of the Earth: Environmental Discourses*. Oxford: Oxford University Press.
- Fisher, Frank/Hajer, Maarten A. (Hrsg.) (1999): *Living with Nature: Environmental Politics as Cultural Discourse*. Oxford: Oxford University Press.
- Fisher, Dana R./Freudenburg, William R. (2001): Ecological Modernization and Its Critics: Assessing the Past and Looking Toward the Future. In: *Society and Natural Resources* 14 (8), 701-709.
- Foucault, Michel (1987): Das Subjekt und die Macht. In: Dreyfus, Hubert L./Rabinow, Paul (Hrsg.) (1987): *Michel Foucault: Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*. Frankfurt a.M.: Athenäum, 243-261.
- Foucault, Michel (1999): *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit Band I*. Übersetzt von Ulrich Raulff und Walter Seitter. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Taschenbuch.
- Foucault, Michel (2000): Die Gouvernementalität. In: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (2000) (Hrsg.): *Gouvernementalität der Gegenwart: Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Taschenbuch, 41-67.
- Foucault, Michel (2004a): *Geschichte der Gouvernementalität I: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung, Vorlesung am College de France 1977-1978*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- Foucault, Michel (2004b): *Geschichte der Gouvernementalität II: Die Geburt der Biopolitik, Vorlesung am College de France 1978-1979*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- Haahr, Jens H. (2004): Open Co-ordination as Advanced Liberal Government. In: *Journal of European Public Policy* 11 (2), 209-230.
- Hajer, Maarten A. (1997): *The Politics of Environmental Discourse: Ecological Modernization and the Policy Process*. London: Oxford University Press.
- Henman, Paul (2002): Computer Modeling and the Politics of Greenhouse Gas Policy in Australia. In: *Social Science Computer Review* 20 (2), 161-173.
- Ingram, Helen/Milward, H. Brinton/Laird, Wendy (1992): *Scientists and Agenda Setting: Advocacy and Global Warming*. In: Waterstone, Marvin (Hrsg.) (1992): *The Interaction of Science, Technology and Public Policy*. Kluwer: Netherlands, 33-53.
- Jagers, Sverker C./Stripple, Johannes (2003): Climate Governance beyond the State. In: *Global Governance* 9 (3), 385-399.
- Keil, Roger/Bell, David V.J./Penz, Peter et al. (Hrsg.) (1998): *Political Ecology: Global and Local*. London: Routledge.
- Larner, Wendy (2000): Neo-liberalism: Policy, Ideology, Governmentality. In: *Studies in Political Economy* 63, 5-25.

- Lemke, Thomas (2002): Foucault, Governmentality, and Critique. In: *Rethinking Marxism* 14 (3), 49-64.
- Lemke, Thomas/Krasmann, Susanne/Bröckling, Ulrich (2000): „Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien“. In: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hrsg.) (2000): *Gouvernementalität der Gegenwart: Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Taschenbuch, 7-40.
- Litfin, Karen (1998): Satellites and Sovereign Knowledge: Remote Sensing of the Global Environment. In: Litfin, Karen (Hrsg.) (1998a): *The Greening of Sovereignty in World Politics*. Cambridge, Massachusetts/London: MIT Press, 193-222.
- Litfin, Karen (Hrsg.) (1998b): *The Greening of Sovereignty in World Politics*. Cambridge, Massachusetts/London: MIT Press.
- Luke, Timothy (1999a): *Environmentality as Green Governmentality*. In: Dariér, Eric (Hrsg.) (1999): *Discourses of the Environment*. Oxford: Blackwell Publishers, 121-151.
- Luke, Timothy (1999b): Eco-Managerialism: Environmental Studies as a Power/Knowledge Formation. In: Fisher, Frank/Hajer, Maarten A. (Hrsg.) (1999): *Living with Nature: Environmental Politics as Cultural Discourse*. Oxford: Oxford University Press, 101-120.
- Lutes, Mark W. (1998): Global Climatic Change. In: Keil, Roger/Bell, David V.J./Penz, Peter et al. (Hrsg.) (1998): *Political Ecology: Global and Local*. London: Routledge, 157-175.
- Miller, Clark/Edwards, Paul N. (Hrsg.) (2001): *Changing the Atmosphere: Expert Knowledge and Environmental Governance*. Cambridge, MA: MIT Press.
- Neil, Andrew W. (2004): Cutting Off the King's Head: Foucault's Society Must Be Defended and the Problem of Sovereignty. In: *Alternatives* 29 (4), 373-398.
- Oels, Angela/Altvater, Elmar/Brunnengräber, Achim (2002): Globaler Klimawandel, gesellschaftliche Naturverhältnisse und (inter-)nationale Klimapolitik. In: Balzer, Ingrid/Wächter, Monika (Hrsg.) (2002): *Sozialökologische Forschung: Ergebnisse der Sondierungsprojekte aus dem BMBF-Förderschwerpunkt*. München: oekom verlag, 111-130.
- Oels, Angela (2005): Rendering Climate Change Governable: From Biopower to Advanced Liberal Government? In: *Journal of Environmental Policy & Planning* 7 (3), 185-207.
- Page, Edward /Redclift, Michael (Hrsg.) (2002): *Human Security and the Environment: International Comparisons*. Cheltenham, UK: Edward Elgar.
- Paterson, Matthew (1996): *Global Warming and Global Politics*. London: Routledge.
- Roe, Emery (1998): *Narrative Policy Analysis: Theory and Practice*. Durham: Duke University Press.
- Rose, Nikolas (1993): Government, Authority and Expertise in Advanced Liberalism. In: *Economy and Society* 22 (3), 283-99.
- Rose, Nikolas (2000): Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hrsg.) (2000): *Gouvernementalität der Gegenwart: Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Taschenbuch, 72-109.
- Shackley, Simon/Wynne, Brian (1996): Representing Uncertainty in Global Climate Change Science and Policy: Boundary-Ordering Devices and Authority. In: *Science, Technology & Human Values* 21 (3), 275-302.
- Shapiro, Michael J. (1992): *Reading the Postmodern Polity: Political Theory as Textual Practice*. Minneapolis/Oxford: University of Minnesota Press.
- Shaw, Alison (2003): Understanding Processes of Co-Production in the IPCC. Konferenzpapier: 2003 Hamburg Conference "Does Discourse Matter? Power, Discourse and Institutions in the Sustainability Transition". Hamburg, 11.-13.07.2003.
- Slocum, Rachel (2004): Consumer Citizens and the Cities for Climate Protection Campaign. In: *Environment and Planning A* 36 (5), 763-782.
- Stripple, Johannes (2002): Climate Change as a Security Issue. In: Page, Edward /Redclift, Michael (Hrsg.) (2002): *Human Security and the Environment: International Comparisons*. Cheltenham, UK: Edward Elgar, 105-127.
- Waterstone, Marvin (Hrsg.) (1992): *The Interaction of Science, Technology and Public Policy*. Kluwer: Netherlands.